



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland **Kommunen sind die Gewinner** Keine neuen Schulden und keine Steuererhöhungen

In diesen Tagen sind unsere Gedanken bei den Menschen in den vom Hochwasser betroffenen Regionen unseres Landes. Unfassbar, mit welcher Wucht sich das Wasser seine Wege sucht. Vielerorts steigen die Pegelstände noch immer an, neue Rekordstände sind zu befürchten. In Passau z.B. hat das Wasser Höhen erreicht, wie Jahrhunderte zuvor nicht. Auch bei uns in Niedersachsen wappnen sich die Menschen vor der Flut. Die Pegelstände werden dort zwar erst Ende kommender Woche ihren Höhepunkt erreichen. Aber schon seit Tagen sind tausende Helfer im Einsatz, um Deiche zu sichern. Erste Aufgabe ist jetzt zunächst, Leben zu schützen, Schäden so weit wie möglich zu verhindern und Hilfe so schnell wie möglich an die bedürftigsten Stellen zu bringen. Wir lassen die Menschen nicht allein. Deshalb ist der Bund bereits vor Ort aktiv. Neben 1.800 Mitgliedern des Technischen Hilfswerks und 500 Bundespolizisten sind etwa 4.000 Soldaten und Reservisten im Einsatz.

Unser Dank gilt allen Einsatzkräften und den vielen ehrenamtlichen Helfern, die vor Ort alles in ihren Kräften stehende tun, um den vom Hochwasser betroffenen Menschen zu helfen. Sie alle erwarten in solchen Situationen zu Recht, dass ihre verantwortlichen Politiker Anteil an ihrem Schicksal nehmen, ihnen Mut zusprechen und Hilfe zusagen.

Die Bundeskanzlerin hat in der bedrohlichen Hochwasserlage schnell und entschlossen gehandelt. Sie hat im Bundeskanzleramt einen Krisenstab eingesetzt, der die Rettungs- und Aufräumarbeiten koordiniert. Darüber hinaus steht die Bundeskanzlerin selbst in engem Kontakt mit den Ministerpräsidenten der betroffenen Länder. Es ist gut, dass sie sich zudem ein eigenes Bild vor Ort gemacht hat. Dabei hat sie den Geschädigten bereits 100 Mio. Euro für schnelle und unbürokratische Soforthilfe zugesagt.

Auch in dieser Lage zeigt sich, dass das Land bei Angela Merkel in guten Händen ist. Wir wollen, dass das auch nach der Bundestagswahl am 22. September 2013 so bleibt. Dafür legen wir bereits jetzt die Grundlagen. So arbeiten wir gerade mit Hochdruck an einem Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode. Dieses Programm entsteht im Dialog mit den Bürgern. So lief im April die sehr erfolgreiche Mitmach-Aktion der CDU unter dem Motto „Was mir am Herzen liegt“. Auch die CSU hat auf großen Kongressen Anregungen zusammengetragen. Daraus erarbeiten wir jetzt ein Regierungsprogramm, das sich von den Oppositionsprogrammen allein dadurch wohltuend unterscheiden wird, dass man unsere Worte bereits heute an unseren Taten messen kann.

Klar ist, wie wir unsere erfolgreiche Politik fortsetzen wollen: Ab 2015 werden wir keine neuen Schulden mehr machen. Ab 2016 beginnen wir mit der Rückzahlung der alten Schulden. Steuererhöhungen brauchen wir dafür nicht. Das unterscheidet uns von der Opposition. Rot-Grün kennt nur den Weg über höhere Steuern. Wir dagegen erreichen politische Schwerpunktsetzung auch ohne neue Abgaben und ohne neue Schulden. Das haben wir in den letzten vier Jahren bewiesen. Wir werden auch künftig durch eine wach-

tums- und beschäftigungsfördernde Politik Spielräume erarbeiten und dann Zug um Zug umsetzen, was uns wichtig ist. Dazu zählt u.a. eine Verbesserung bei den Mütterrenten, die Anhebung von Kinderfreibetrag und Kindergeld, mehr Mittel für die Verkehrsinfrastruktur und viele andere richtige Dinge mehr, die in den letzten Tagen seltsam aufgeregt diskutiert wurden. Allerdings bleiben auf dem Weg der Vernunft und Solidität. Was wir in unserem Wahlprogramm versprechen, steht unter einem Finanzierungsvorbehalt.

Intensiv diskutiert haben wir in dieser Woche auch die Lage der Kommunen in Deutschland. In einer [Große Anfrage](#), die wir Anfang November 2012 auf den Weg gebracht haben, wurden knapp 100 Fragen an die Bundesregierung gestellt, die die verschiedensten kommunalrelevanten Bereiche betreffen. In ihrer Antwort legt die Bundesregierung dar, dass sie den Kommunen und der kommunalen Selbstverwaltung – ganz im Sinne der Subsidiarität – einen hohen Stellenwert beimisst. Sie setzt sich für leistungsfähige Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände ein. Grundvoraussetzung dafür sind solide Finanzen. Daher war uns die deutliche finanzielle Entlastung der Kommunen so wichtig.

Die kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung kommt durch zahlreiche Maßnahmen verteilt über nahezu alle Politikbereiche zum Ausdruck. So wurde in den vergangenen vier Jahren eine einmalige und bisher nicht dagewesene Leistungsbilanz erarbeitet. Der Bund übernimmt beispielsweise die Kosten für die Grundsicherung im Alter und die Unterkunft für Hartz-IV-Leistungsbezieher in Höhe von ca. 4,5 Mrd. Euro. Den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren fördert die Bundesregierung mit 5,5 Mrd. Euro und leistet den Ländern damit eine unschätzbare Hilfe. Hinzu kommt, dass künftig die kommunalen Spitzenverbände noch besser in bundespolitische Entscheidungen eingebunden werden. Schließlich sorgt auch die positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes für einen Finanzierungsüberschuss der Kommunen, die im vergangenen Jahr erstmals seit 2008 wieder mehr eingenommen als ausgegeben haben, und zwar bundesweit 1,797 Mrd. Euro.

Die Politik der Bundesregierung ist ein milliardenschwerer Segen für unsere Städte und Gemeinden. Der Bund steht zu seiner Verantwortung für die Kommunen. Wenn diese trotz seiner umfangreichen Zuschüsse und Lastenübernahmen weiterhin Probleme bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz oder den Kommunalfinanzen haben, liegt dies an Versäumnissen der Länder. Wir fordern, dass unsere Hilfen uneingeschränkt bei den Kommunen ankommen. Es ist alarmierend zu sehen, dass immer mehr Kommunen – z.B. in Nordrhein-Westfalen oder in Rheinland-Pfalz – Verwaltungsklagen gegen ihre Landesregierungen einlegen müssen, weil sie sich unrechtmäßig behandelt sehen. Im Gegensatz dazu wissen die Kommunen, dass sie sich auf diese Bundesregierung verlassen können. Sie sind einer der Gewinner unserer Politik. Das soll auch in den kommenden vier Jahren so bleiben!

Die Woche im Parlament

Lage der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland.

In der Debatte über die Große Anfrage zur Lage der Kommunen haben wir aufgezeigt, dass und wie Städte und Gemeinden zu den großen Gewinnern unserer erfolgreichen Politik gehören.

Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses in der 17. Wahlperiode nach Artikel 44 des Grundgesetzes [Gorleben].

Der Untersuchungsausschuss hat die aus der Luft gegriffenen Vorwürfe der Opposition eindeutig widerlegt. Erwiesen ist: Die Auswahl des Standortes Gorleben zur Erkundung als Endlager erfolgte im Rahmen zweier unabhängiger Auswahlverfahren. Eine politische Beeinflussung des ergebnisoffenen wissenschaftlichen Prozesses ist nicht erfolgt.

Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zum nachhaltigen Wirtschaften und gesellschaftlichen Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“.

Um ein breites Verständnis von Wohlstand und Lebensqualität abzubilden, hat sich die Kommission auf einen Indikatorenansatz nach ökonomischen, sozialen und ökologischen Kriterien verständigt. Diese Messwerte sollen unter Einbindung des Statistischen Bundesamtes transparent, prägnant und leicht verständlich etabliert werden.

Gesetz zur Förderung der Sicherstellung des Notdienstes von Apotheken (Apothekennotdienstsicherstellungsgesetz - ANSG).

Die Sicherstellung der Arzneimittel-Notversorgung in der Fläche beschließen wir in 2./3. Lesung. Für den Apothekennotdienst werden zusätzlich rund 120 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Die mit dem Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen sind geeignet, die Arzneimittelversorgung durch Apotheken im Rahmen des Notdienstes gerechter zu vergüten. Desweiteren setzten wir die EU-Richtlinie zur Pharmakovigilanz um, verbessern die Grundlagen der Bekämpfung von Doping im Sport und entwickeln die Arzneimittel-Nutzenbewertungsverordnung nach dem AMNOG weiter.

Gesetz zur Änderung des Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetzes.

Angesichts der Strukturreform der Bundeswehr ergibt sich ein Anpassungsbedarf für das Gleichstellungsgesetz. So bestand etwa für die Wahl einer militärischen Gleichstellungsbeauftragten in einer zivilen Dienststelle keine Rechtsgrundlage. Daher haben wir die Vorschriften des Gesetzes in 2./3. Lesung an. Hierbei sind die besonderen Bedingungen der laufenden Bundeswehr-Strukturreform zu beachten.

Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Menschenhandels und Überwachung von Prostitutionsstätten.

Mit dem in 1. Lesung beratenen Gesetzentwurf setzen wir die EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer um. Die Strafvorschriften zum Menschenhandel werden erweitert und verschärft. Auch sollen Prostitutionsstätten zukünftig überwacht werden können, um kriminellen Begleiterscheinungen wie Menschenhandel, Zwangsprostitution und sexueller Ausbeutung vorzubeugen. Dafür werden die Prostitutionsstätten in den Katalog der überwachungsbedürftigen Gewerbe nach § 38 Abs. 1 der Gewerbeordnung aufgenommen. Dieses führt dazu, dass Betreiber einer Prostitutionsstätte zukünftig auf ihre Zuverlässigkeit hin zu überprüfen sind. Die Behörde erhält zur Überwachung gewerberechtliche Kontrollmöglichkeiten wie sie bereits im Hinblick auf andere Gewerbe bestehen. Darüber hinaus kann der Betrieb des Gewerbes von Auflagen abhängig gemacht werden.

Bericht der Bundesregierung zur Lage der Freien Berufe.

Von den freien Berufen hängt vieles in Deutschland ab – nicht zuletzt ein erheblicher Teil der deutschen Wirtschaftsleistung. Die rd. 370 Mrd. Euro, die von Ärzten, Rechtsanwälten, Journalisten, Autoren, Schauspielern oder auch Tagesmüttern erwirtschaftet werden, machen mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. 2012 gab es in Deutschland 1,2 Mio. selbstständige Freiberufler mit mehr als 3 Mio. Beschäftigten. Wir sind dieser mittelständischen Berufsgruppe verpflichtet und tragen mit Bürokratieabbau und durch Änderungen im Berufsrecht zu einer Verbesserung ihrer Lage bei. Obwohl wir in der vergehenden Wahlperiode einiges erreicht haben, bleibt noch Handlungsbedarf, etwa im Urheberrecht oder in Bezug auf eine Harmonisierung der Regelungen in Europa.

16. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2011/2012.

Wir haben den Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der Auswärtigen Kultur-

und Bildungspolitik (kurz: AKBP) begrüßt. Im Rahmen dieser Politik kann Deutschland sich als das weltoffene, demokratische freiheitlich-tolerante Land präsentieren, das es heute ist. Erfreulich ist, dass in diesem Zusammenhang eine Beteiligung des privaten Sektors und der Zivilgesellschaft gelingt. Ziele unserer AKBP ist etwa die Förderung und die Sicherung des Friedens im Rahmen von Transformationspartnerschaften, die Verbreitung von Wissen und Bildung oder die Pflege der transatlantischen Brücke in die USA. In neuester Zeit kommt auch und gerade dem Ausbau des Kontaktes in die Schwellenländer und nach Südamerika zunehmende Bedeutung zu.

Zerstörung des kongolesischen Naturerbes verhindern.

Mit diesem Antrag unterstützen wir die Bundesregierung dabei, weiterhin konsequent auf die Länder Zentralafrikas, insbesondere auf die Demokratische Republik Kongo, einzuwirken, damit Biodiversität und Waldschutz nicht durch Rohstoffabbau in Nationalparks und Schutzgebieten gefährdet werden. Diese Bemühungen sollen weiterhin in eine Strategie zur Unterstützung von dauerhafter Stabilität und Entwicklung des Ost-Kongo und anderer Konfliktgebiete in der Demokratischen Republik Kongo eingebettet sein.

Daten und Fakten

Arbeitslosenzahl erneut unter 3 Millionen.

In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit erneut unter die 3-Millionen-Marke gesunken. Sie ist jetzt auf dem niedrigsten Stand seit zwei Jahrzehnten. Allein seit 2009 verringerte sich die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen um rund 500.000. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im April auf den Rekordstand von 41,69 Mio. gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist mit 29,09 Mio. trotz Krise höher als vor zehn Jahren (rund 27 Mio.). Und viele Unternehmen suchen weiterhin nach Arbeitskräften. Es gibt 950.000 offene Stellen. Die Tendenz auf dem Arbeitsmarkt bleibt positiv.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistisches Bundesamt)

Deutsches Rentensystem ist stabil.

In einem Interview mit „positionen“, der Zeitschrift des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), lobt der Wirtschaftswissenschaftler Axel Börsch-Supan, Direktor am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München, die Stabilität des deutschen Rentensystems. Gleichzeitig spricht er sich für eine flexiblere Handhabung des Renteneintritts aus. Die Reformen der 1990er und 2000er Jahre hätten dazu beigetragen, dass man der Verrentung der sogenannten „Babyboomer“ gelassen entgegensehen könne. Private und betriebliche Altersvorsorge würden das gesetzliche Rentensystem in den nächsten Jahren stützen. Von Altersarmut bedroht seien in Deutschland statistisch gesehen nur wenige Menschen, nämlich ca. 3 % der über 65-jährigen. Um dennoch Altersarmut entgegenzuwirken, müsse man schon vor dem Rentenalter ansetzen. Einen Arbeitsplatz zu haben, verringere das Risiko von Altersarmut. Daher plädiert Börsch-Supan gegen eine Abschaffung des Niedriglohnsektors, weil das zu höherer Arbeitslosigkeit führen würde. Der Renteneintritt müsse flexibler gestaltet werden, um dem Alterwerden als individuellem Prozess gerecht zu werden. Niemand solle gezwungen werden, seine Arbeit in einem bestimmten Alter aufzugeben.

(Quelle: „positionen“, Zeitschrift des GDV)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de